

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3,20, nach Westfalen RM. 3,50 einw. 47,80 Kp. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei dreimaliger wöchentlich. Versand. Post-Nr. 20 Kp., bei gleichzeit. Versand b. West- u. Morgen-Ausgabe 15 Kp.

Druck u. Verlag: Kiepsch & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postfachkonto 1008 Dresden Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden

Kriegsgeheimnisse u. Verträge Nr. 4: Nichtverbreitung (es sei denn 11,3 Kp. Kopierte nach Absatz 1). Familienangelegenheiten u. Gerichtsverfahren: Nichtverbreitung Nr. 4 Kp. — Fernruf. — Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlegers. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Deutscher erringt Rekord für Landflugzeuge

Chefpilot Wurster fliegt 610,21 Stundenkilometer

Berlin, 11. November.

Die Deutsche Luftfahrt hat am 11. November 1937 einen stolzen Erfolg errungen: Es ist Deutschland zum erstenmal möglich gewesen, den Internationalen Geschwindigkeitsrekord für Landflugzeuge in seine Hand zu bringen. Der Rekord ist nach den internationalen Abmachungen über einer geraden Strecke bei Augsburg von dem Chefpiloten der Bayerischen Flugzeugwerke, Dr.-Ing. Wurster, mit einem Messerschmitt-Flugzeuge vor der Kommission der Föderation Aeronautique Internationale (FAI) mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 610,21 Stundenkilometer geflogen worden.

Den bisherigen Internationalen Rekord für Landflugzeuge hatte der Amerikaner Hughes auf „Hughes Spezial“ mit 567,115 Kilometer in der Stunde. Die Leistung des Chefpiloten Wurster ist um so höher zu werten, als der Flug nach den internationalen Bestimmungen in einer Höhe von nicht über 50 Meter geflogen werden mußte. Der Erfolg kann die Deutsche Luftfahrtindustrie mit um so größerem Stolz erfüllen, als Deutschland hinsichtlich der Höchstgeschwindigkeit noch ziemlich hinter Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten zurückstand. Er war nur möglich durch die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den Bayerischen Flugzeugwerken, der Firma Daimler-Benz, die den Motor — DB 600 — lieferte, und der Heddernheimer Maschinenwerke in Frankfurt a. M., die die Vertikal-Luftschraube geliefert hat. Die Kommission hat den Rekord bereits der FAI gemeldet. Wurster ist einer der erfolgreichsten deutschen Einflieger. Er hat auch längere Zeit an der Erprobungsstelle der Luftwaffe in Travemünde gearbeitet.

Der absolute Weltrekord wird von dem Italiener Agello mit einem Wasserflugzeug gehalten, und zwar mit einer durchschnittlichen Stundenleistung von 708 Kilometer.

Der stolze Erfolg der Deutschen Luftfahrt hat den Reichsminister der Luftfahrt, Generaloberst Goering, veranlaßt, an die Bayerischen Flugzeugwerke in Augsburg und an die Firma Daimler-Benz in Untertürkheim folgenden Telegramm zu richten:

„Zu dem hervorragenden Erfolg, den Sie Ihrer zielbewußten gemeinsamen Entwicklungsarbeit verdanken, beglückwünsche ich Sie herzlich und bitte Sie, meine besondere Anerkennung Ihrer Gesellschafter zu übermitteln. Es erfüllt mich mit stolzer Freude, daß die deutsche Luftfahrt in den wenigen Jahren des Wiederaufbaues eine so hervorragende Spitzenleistung erringen konnte. Ich bin überzeugt, daß Ihnen dieser Erfolg ein weiterer Ansporn für die Zukunft sein wird.“

Weiter hat der Reichsminister dem Chefpiloten Dr. Wurster in einem Telegramm „Anerkennung und Glückwünsche zu der hervorragenden fliegerischen Bestleistung, die uneingeschränkten Einsatz und hohes Können verlangte“, ausgesprochen.

Der Flug wurde am Donnerstagnachmittag um 3 Uhr ausgeführt. Der Weltrekord steht sich würdig den Erfolgen an, die die Messerschmitt-Maschinen bereits bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten in der Schweiz erringen konnten.

Revolution von oben in Brasilien

Mit harter Hand hat Dr. Getulio Vargas, der Bundespräsident Brasiliens, durchgegriffen. Eine neue Verfassung ist verkündet und damit eine Revolution von oben durchgeführt worden, ehe eine solche von unten ausbrechen konnte. Nicht plötzlich ist Vargas zu seinem Entschluß gelangt, sondern die Ereignisse haben dazu gezwungen. Das nach den bisher vorliegenden Meldungen das ganze Land ruhig geblieben ist, darf man wohl als Beweis dafür ansehen, daß auf der einen Seite die Notwendigkeit des Staatsaufbaues erkannt wird. Auf der anderen, die sich aus den Gruppen mit Revolutionsneigungen zusammensetzt, scheint man überzeugt zu sein, daß die Macht der Regierung zu groß ist, als daß man es wagen dürfte, wider den Stachel zu laufen. Vielleicht war es die letzte Stunde vor dem Ausbruch eines Bürgerkrieges, die den Präsidenten zu seinen Maßnahmen zwang. Dr. Vargas hat gewiß nicht die Absicht gehabt, die Rolle eines Diktators zu übernehmen. Vor wenigen Monaten erst hat er den Kriegszustand aufheben lassen. Er hoffte, daß „eine Periode ruhiger innerpolitischer Entwicklung“ zu erwarten sei. Aber nur zu bald sah er sich veranlaßt, die Forderung rückgängig zu machen, kaum später nämlich die Gegner Vargas' die Freiheit, als sie auch schon auf ihre Weise begannen, von ihr Gebrauch zu machen.

Brasilien stand vor der Neuwahl des Präsidenten. Der jetzige Inhaber des Amtes mußte nach der bisherigen Verfassung mit dem 1. Januar 1938 auscheiden. Der Wahlkampf nun war es, der alle politischen Leidenschaften im Lande entzündete. Er lieferte der Opposition den willkommenen Vorwand, um alle Mienen der Verheerung springen zu lassen. Sie schufen eine Atmosphäre, aus der nur zu leicht ernste Wirren hätten entstehen können. Ganz besonders zeichneten sich dabei die Kommunisten aus. Deutlich war die Regie Moskaus zu spüren. So wie es in allen Ländern geschieht, in denen das Staatsobhaupt den Bolschewiken mißlieblich ist, wurde auch der Bundespräsident Brasiliens als „Exponent des internationalen Faschismus“ und als Tyrann und Gegner der Demokratie verhöhnt. Offen forderten die Jünger Moskaus dazu auf, ihn, wenn es nicht anders ginge, mit Gewalt zu „erledigen“. Uebelste Mordehe breiteten sich aus. Doch damit nicht genug. Beamte des Generalstabes stellten fest, daß bereits ein kommunistischer Putsch weitgehend organisiert war. Es gelang, die aus Moskau gelieferten Anweisungen der Komintern zu beschlagnahmen, die genaue Vorschriften für die Entfesselung des Bürgerkrieges enthielten. Nach bekanntem Muster ordneten die Drahtzieher an, wie die brasilianischen Kommunisten sich durch jede Art von Terror die Eroberung der Macht sichern sollten. Zu diesen Methoden gehörten die Aufweglung des Militärs und der Arbeiterschaft, die Ermordung von Offizieren und die Gefangensetzung von Ministern und führenden Persönlichkeiten aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens, um diese „Geiseln“ im Falle des Wirkens des Putsches zu erschleien. Die beschlagnahmten Dokumente brachte der Rundfunk zur allgemeinen Kenntnis des Landes. Dadurch wurde der Bevölkerung klar gemacht, daß Brasilien eine Wiederholung der Ereignisse ausgedacht war, die das Land in den Jahren 1930 und 1935 erschütterten. Der letzte kommunistische Aufstand hatte 150 Tote und 400 Verwundete gefordert. Ein neuer bolschewistischer Putsch wäre kaum weniger blutig verlaufen. Im Gegenteil, die Gefahr war größer, weil diesmal die Kommunisten mit anderen Gruppen zusammen eine gemeinsame demokratisch getarnte Front gebildet hatten, zu der auch mancher ehrgeizige persönliche Gegner des Präsidenten gestoßen war.

Es machten sich aber auch noch andere Stimmungen bemerkbar. Der alte Gegensatz zwischen dem tropischen Norden und dem vierstichtreibenden Süden brach wieder auf. Der Gouverneur des Staates Rio Grande del Sul, der General Flores da Cunha, plante nach den Enthüllungen der letzten Wochen einen Aufstand gegen die Zentralregierung, und 30.000 Mann Militär hatten sich ihm bereits zur Verfügung gestellt. Als die Zentralregierung nicht antwortete, sondern den General Dakto Filho entsandte, um in Rio Grande del Sul Ordnung zu schaffen, zog Flores da

Erste Jahresbilanz des Vierjahresplans

Der Voranschlag nicht nur erreicht, sondern überschritten

Berlin, 11. November.

Im Rahmen einer arbeitspolitischen Tagung der DAF hielt Oberst Voeb, der Leiter des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe, einen Vortrag über die industrielle Wirtschaft im Vierjahresplan. Hierbei konnte er erklären, daß wir berechtigt sind, in vollem Umfang zu versichern zu sein. Die erste Jahresbilanz des Vierjahresplanes hat ergeben, daß der Voranschlag um ein weniges sogar überschritten wurde. Das gibt uns die Gewißheit, daß wir das Wort des Führers einlösen können: „Kein Einfluß von innen oder außen wird uns an der Durchführung der Grundgedanken unseres Ausbauprogramms hindern.“

Oberst Voeb kennzeichnete zu Beginn seines Vortrages den Vierjahresplan als ein Unternehmen, das nur gelingen kann, wenn die Leistungsgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes aus Verstandnis und Ueberzeugung an seiner Verwirklichung mitarbeitet. Weiter führte Oberst Voeb aus: Im Rahmen der großen vom Führer gestellten Aufgaben ist die deutsche Wirtschaft in eine Bewegung gekommen, die geradezu beispiellos ist. Einen Maßstab dafür bietet zum Beispiel die Steinkohlenförderung, die in den letzten vier Jahren an der Ruhr eine Steigerung um 60 v. H. zu verzeichnen hat. Wir können der Zukunft mit großer Zuversicht entgegensehen. Wenn wir die Pläne ablehen, so haben wir eine große Anzahl von positiven Punkten in die Waagschale zu werfen: Eine arbeitsame Bevölkerung, die sich nicht im Klassenkampf verplumpert; Chemiker und Techniker, die bereit sind, was auch dem Feinde, das wir haben, alles noch herauszuholen ist; und weil wir die Leistungsform haben, die imstande ist, Schwierigkeiten zu überwinden, wie sie sich uns heute noch entgegenstellen. — Angesichts der Summe des im bisherigen Aufbau

arbeiten brauchen wir uns, fuhr Oberst Voeb fort, eines vorübergehenden Rohstoffmangels nicht zu schämen, denn ein solcher Mangel war nicht zuletzt eben die Folge jenes gigantischen produktiven Schaffens. Der Staat hat sich aber nicht mit der Feststellung der begrenzten Rohstoffbestände und mit ihrer Verteilung begnügt, sondern er ist mit Erfolg an die Ausweitung der eigenen Erzeugung herangegangen.

Am Beispiel der Eisenbeschaffung zeigte der Redner, daß die Grenze einer solchen Ausweitung nicht im Materielem, sondern allein in dem Maß der vernünftig ausgenutzten menschlichen Schaffenskraft liegt. Hinsichtlich der Richteisenmetalle lasse sich der Nachweis führen, daß eine weitgehende Ablösung durch Leichtmetalle, Holz und Kunststoffe möglich ist unter Gewinnung wesentlicher praktischer Vorteile. Der geringste Grund, eine Einfuhr in größerem Umfang aufrechtzuerhalten, sei hinsichtlich der Steine und Erden anzusehen. Auf dem Gebiete des Holzes werden wir autark, zumal wenn wir uns der Tatsache erinnern, daß die Verwendung von Holz zum Brennen unökonomisch ist. Mit Genugtuung konnte der Redner auf beträchtliche qualitative Fortschritte hinweisen, die noch ständig in der Fabrikation der Zellwolle zu verzeichnen sind. Ähnlich wie hier, sei auch beim Kautschuk nicht einzusehen, warum es nicht möglich sein sollte, einen Stoff künstlich herzustellen, der in seinen verschiedenen Ausprägungen für unsere wirtschaftlichen Zwecke besser geeignet ist, als das zufällige Erzeugnis der Natur, das ursprünglich auch andere Aufgaben hat.

Endlich hat der Vierjahresplan auch einen unermeßlichen Vorsprung auch in der Treibstoff-Frage verzeichnet, mit der die heute noch glücklichen besitzenden Erdölländer sich eines Tages ebenfalls werden auseinandersetzen müssen. Die Herstellung mancher Kunststoffe erbringe in Abfall, und Nebenzeugnissen bereits wieder die Grundlage für andere Kunststoffe. Der unerhörte Importzwang, der in der Vergangenheit auf uns lastete, werde beseitigt.

Zwei Privatbahnen vom Reich übernommen

Berlin, 11. November.

Der Reichs- und preussische Verkehrsminister hat sich entschlossen, die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft und die Braunschweigische Landes-Eisenbahngesellschaft in das Eigentum des Reiches zu übernehmen.

Für diese Entscheidung war maßgebend, daß die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft wichtige Verkehrsverbindungen verbindet; ihre organische Eingliederung in das Netz der Deutschen Reichsbahn war deshalb aus Verkehrs- und Betriebsgründen eine schon seit langem erkannte Notwendigkeit. — Die Braunschweigische Landes-Eisenbahngesellschaft hat in jüngster Zeit im Zusammenhang mit der Errichtung neuer Industrieunternehmungen im mitteldeutschen Raum weitere wichtige Verkehrsaufgaben erhalten, zu deren Bewältigung die Ueberführung der Gesell-

schaft in die Hand des Reiches erforderlich ist. Die Verstaatlichung dieser beiden Privatbahnen bedeutet indes keine Abkehr von dem vom Reichsverkehrsministerium vertretenen Grundsatz, daß die Privat- und Kleinbahnen auch in Zukunft in ihrer Selbständigkeit erhalten bleiben sollen. Es handelt sich vielmehr hier um Ausnahmefälle, in denen die Eingliederung in die Deutsche Reichsbahn aus den angegebenen besonderen Gründen unabwendbar ist.

Die Verstaatlichung soll bei beiden Gesellschaften nach § 205 des Aktiengesetzes durch Uebertragung ihres Gesamtvermögens auf das Deutsche Reich unter Ausschluß der Abwicklung durchgeführt werden. Damit gehen die Aktiva und Passiva auf das Deutsche Reich über. Die Gesellschaft wird unter Vermeidung von Nachteilen und sozialen Härten in den Reichsbahndienst übernommen. Die Aktionäre, die seit Jahren keine regelmäßige Dividende erhalten haben, sollen durch Umtausch ihrer Aktien in Reichsbahnabahnanteile im Verhältnis 1:1 abgefunden werden, so daß sie in Zukunft eine regelmäßige Vergütung von 4,5 % bekommen.

Heute: **D. N.** Kraftfahrer
Seite 8